

## 5. Hochschule

Wir brauchen dringend bessere und einfachere Zugangsvoraussetzungen und fordern deshalb, dass die Hochschulzugangsberechtigung in ihrer jetzigen Form abgeschafft wird. Wir wollen, dass der Abschluss der Oberstufe und eine Ausbildung nach der zehnten Klasse gleichermaßen zum Studium an einer Hochschule berechtigen.

Statt den sogenannten NCs (Numerus Clausus) fordert die GRÜNE JUGEND individuelle Aufnahmeprüfungen der Hochschulen und eine Abschaffung der ZVS (Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen). Die Selektion nach Schulnoten halten wir für falsch und ist ein gefährliches Fördern der Ellenbogen-Mentalität in unserer Gesellschaft. Außerdem sagt die Abiturnote nichts darüber aus, ob und wie geeignet die/der SchülerIn für einen bestimmten Studiengang ist.

Die Studienplätze müssen sich stärker am tatsächlichen Bedarf orientieren. Das Angebot an Studienplätzen soll insgesamt weiter ausgebaut werden. Der hohen Zahl der StudienabbrecherInnen könnte durch eine kompetente Beratung an den Hochschulen entgegengewirkt werden. Insgesamt ist der Beratungsbereich an heutigen Hochschulen mehr als dürftig. Besonders StudienanfängerInnen sind nahezu auf sich allein gestellt und damit auf die Unterstützung erfahrener KommilitonInnen angewiesen, um sich in ihrem neuen Lebensabschnitt zurecht zu finden. Eine kompetente Beratung bedeutet mehr als das Mitgeben von Kurzinformationen in Broschüren-Form.

Die Hochschulen brauchen vereinheitlichte Qualitätsstandards und eine bundesweite Gewährleistung der Zugangsgerechtigkeit. Private Hochschulen können eine sinnvolle Ergänzung des Angebots an staatlichen Hochschulen sein.

Die GRÜNE JUGEND spricht sich klar gegen jegliche Form von Studiengebühren aus. Sogenannte Studienkontenmodelle, nachgelagerte Studiengebühren, Bildungsgutscheine, in keinem Verhältnis zum Verwaltungsaufwand stehende Rückmeldegebühren oder Gebühren für Langzeitstudierende lehnen wir ab.

Wir schlagen als ein mögliches Modell vor: BAföG (Bundes-Ausbildungs-Förderungs-Gesetz) muss elternunabhängig und statt Kindergeld für zwölf Semester (plus zwei Auslandssemester oder studium generale) gezahlt werden. Alle StudentInnen sollen 350 Euro staatlichen Zuschuss plus 350 Euro zinslosen staatlichen Kredit erhalten. Dieser Betrag muss den regionalen Lebenshaltungskosten und der Inflation angepasst werden. Nach diesem Anspruchszeitraum von zwölf bzw. 14 Semester können StudentInnen einen bezinsten staatlichen Kredit in Anspruch nehmen.

Mit Beginn der Volljährigkeit ist das Kindergeld direkt an die jungen Erwachsenen zu zahlen, bei der Aufnahme eines Studiums, Praktikums, Ausbildung und in Übergangszeiten wird das Kindergeld dann mit dem BAföG verrechnet.

Das Studium muss stärker interdisziplinär und praxisorientiert ausgerichtet sein. Die ersten beiden Semester können als studium generale (Schnuppersemester in den verschiedenen Fachrichtungen ) erfolgen. Wir setzen uns für die Ausweitung des Angebots von Studiengängen im Gender Bereich ein. Wir begreifen die Hochschule als einen Ort des lebenslangen Lernens und begrüßen daher Konzepte wie "Kinderuni" und "Seniorenuni". Alle Mitglieder einer Gesellschaft müssen freien Zugang zu Wissen, beispielsweise in Form von

Büchereien oder Internet, bekommen. Der Zugang zu den Universitäten für Nicht-Studierende (GasthörerInnen) soll ausgebaut werden.

Die GRÜNE JUGEND fordert einen Ausbau der Frauenförderung von jungen WissenschaftlerInnen. Der anstehende Generationswechsel an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen bietet sich als Chance durch eine feste Quote den Frauenanteil in wissenschaftlichen Führungspositionen in absehbarer Zeit auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Der BeamtInnenstatus für ProfessorInnen soll endlich abgeschafft werden. Frauenbeauftragte und Gender-Mainstreaming müssen an den Unis höhere Bedeutung erhalten.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND eine drittelparitätische Besetzung aller Hochschulgremien mit Studierenden, ProfessorInnen und MitarbeiterInnen. Demokratische Teilhabe und Mitbestimmung muss in allen Hochschulgremien verbessert werden. Wir brauchen endlich mehr Selbstverantwortung und Autonomie bei Finanzen, Personal, Struktur und Profilbildung für die einzelnen Hochschulen.

Die verfasste Studierendenschaft will die GRÜNE JUGEND mit einem allgemein-politischem Mandat gesetzlich absichern.

Die Nahrungsmittel in den Mensen müssen aus kontrolliert ökologischem Anbau stammen. Die Essensauswahl soll VegetarierInnen und VeganerInnen stärker berücksichtigen.

Der Campus und alle Universitätsgebäude müssen endlich behindertengerecht werden. Körperliche behinderte Menschen sollen ein einklagbares Recht besitzen, alle Veranstaltungsräume erreichen zu können. Für junge StudentInnen mit Kindern fordern wir kostenlose Kinderbetreuungsangebote in unmittelbarer Nähe der Hochschule.